



Amtsgericht Herne-Wanne

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Mittwoch, 08.07.2026, 09:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal 219, Hauptstr. 129, 44651 Herne-Wanne

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Wanne-Eickel, Blatt 17401,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Wanne-Eickel, Flur 10, Flurstück 503, Gebäude- und Freifläche, Hüttenstraße 26, 28, Größe: 723 m²

- hier 1/2 - Anteil - versteigert werden.

Es handelt sich um ein unterkellertes Dreifamilienwohnhaus mit 2 giebelseitigen Hauseingängen. Das Objekt ist zweigeschossig mit ausgebautem Dachboden. Die Wohnung im Erdgeschoss erstreckt sich über beide Haushälften.

Die Wohnungen im Obergeschoss werden von den Verfahrensbeteiligten genutzt.

Baujahr 1900; Gesamtwohnfläche rd. 242 m². Grundstücksgröße 723 m².

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem zu versteigernden Objekt nur um den 1/2-Anteil des Grundstücks handelt. Die andere Hälfte des Grundstücks verbleibt bei der Antragstellerin des Verfahrens.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 26.01.2023

eingetragen worden.

Der Verkehrswert für den zu versteigernden 1/2 - Anteil wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

173.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.